

## Beschluss der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

---

### **Keine Aufweichung der Mietpreisbremse – NRW-Landesgruppe steht an der Seite der Mieterinnen und Mieter!**

Die Regelungen zur Mietpreisbremse im Koalitionsvertrag und der daraus resultierende Gesetzentwurf von Bundesjustizminister Heiko Maas (Mietrechtsnovellierungsgesetz) sind ein großer Erfolg für die SPD, denn sie tragen ganz klar unsere sozialdemokratische Handschrift.

Nach Angaben des Deutschen Mieterbundes werden in Deutschland jährlich zwischen zwei und drei Millionen neue Mietverträge abgeschlossen. Von der Regelung werden im Anwendungsbereich des Gesetzes also auch entsprechend viele Menschen profitieren.

Nach Verschlechterungen der Mieterrechte unter Schwarz-Gelb schaffen wir damit jetzt endlich wieder besseren Schutz für Millionen von Mieterinnen und Mietern.

Durch die aktuellen Forderungen verschiedener Verbände läuft das Bestellerprinzip jedoch Gefahr, völlig ausgehöhlt zu werden. Laut Medienberichten wird hier zielgerichtet durch Interessenverbände versucht, durch eine Änderung des Wortlauts eine Umgehungsmöglichkeit des Bestellerprinzips zu schaffen. Wie der NDR jüngst berichtete, könnte allein eine Streichung des Wortes „Ausschließlich“ in § 2 WoVermRG zumindest theoretisch zu solch einer Umgehung des Bestellerprinzips führen.

Dies ist mit der NRW-Landesgruppe nicht zu machen. Wir dürfen solche Umgehungsmöglichkeiten und damit eine weitere Wohnungspolitik auf dem Rücken der Mieter nicht zulassen. Die Kostenverteilung muss gerecht sein. Das Prinzip „Wer bestellt, zahlt“ gilt in der gesamten Wirtschaft und muss künftig auch für Makler gelten. Nur so werden wir unserem Anspruch aus dem Koalitionsvertrag gerecht!

#### **Deshalb fordern wir:**

Das Bestellerprinzip unseres vorliegenden Gesetzentwurfs (Mietrechtsnovellierungsgesetz) muss in seiner jetzigen Form erhalten bleiben. Wir lehnen jegliche Änderungen am Bestellerprinzip und am Wortlaut von § 2 WoVermRG des Gesetzentwurfs entschieden ab. Mit uns wird es keine weitere Politik auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter an Rhein und Ruhr geben. Diese klare Haltung erwarten wir auch von den Kolleginnen und Kollegen der CDU aus NRW.